

Stellungnahme

Zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes- Klimaschutzgesetzes

vom 14.06.2023

Stand: 16.06.2023

I. Grundsätzliches

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) bedankt sich für die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zum Entwurf des zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes.

Der Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die neben der wirksamen Reduzierung von CO₂-Emissionen und dem Ausbau erneuerbarer Energien eine grundlegende Transformation hin zu klimaschonenden Produkten und Prozessen erfordert. Um das Ziel einer Minderung der CO₂-Emissionen um 55 Prozent bis 2030 zu erreichen, kann Holz durch die Speicherung von Kohlenstoff und die Substitution von emissionsintensiven Bau- und Werkstoffen sowie als erneuerbarer Energieträger einen entscheidenden Beitrag leisten.

Allein durch den Einsatz langlebiger Holzprodukte konnten im Jahr 2020 rund 8,65 Mio. T CO₂-Äq der Atmosphäre entzogen werden.¹ Mit Blick auf die dynamischen Entwicklungen des Klimas ist es folgerichtig die Steuerungsmechanismen des Klimaschutzgesetzes zu verbessern und zu präzisieren. Aus Sicht des DeSH sind im Gesetzentwurf kritische Punkte enthalten, die nachfolgend kommentiert werden.

II. Handlungsempfehlungen

Zu § 3a Abs. 1 Beitrag des LULUCF-Sektors

In dem zweiten Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes werden die Ziele der neuen LULUCF-Verordnung, welche am 14.03.2023 vom EU-Parlament verabschiedet wurden, nicht direkt aufgenommen. Die Erhöhung der Kohlenstoff-Speicherleistung von Wäldern, Mooren und Böden in Europa bis 2030 auf 310 Mio. t CO₂-Äq ist dadurch nicht erfasst.

In Deutschland soll das Senkenziel im LULUCF-Sektor nach der Verordnung auf ca. 31 Mio. t CO₂-Äq bis 2030 erhöht werden. Das zweite Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes sieht bislang die Bindung von 25 Mio. t CO₂-Äq bis 2030 vor. Mit Blick auf die Projektionsberichte des Umweltbundesamtes wird jedoch deutlich, dass selbst die im Klimaschutzgesetz festgelegten Ziele nicht erreichbar sind.² Aufgrund der Veränderung der Altersklassenstruktur der Wälder ist deren Senkenfunktion in den letzten Jahren deutlich rückläufig. Zusätzlich wurde die Senkenfunktion des LULUCF-Sektors durch extreme Trockenheit verursachte Waldschäden der letzten Jahre weiter gemindert.³ Es ist daher eine grundsätzliche Überarbeitung der Ziele für den LULUCF-Sektor auf Grundlage der Bundeswaldinventur IV erforderlich.

¹ National Inventory Report for the German Greenhouse Gas Inventory 1990 – 2020 Federal Environment Agency, S. 702.

² Projektionsbericht 2021 für Deutschland, Umweltbundesamt, S. 308.

³ <https://www.thuenen.de/de/themenfelder/klima-und-luft/emissionsinventare-buchhaltung-fuer-den-klimaschutz/standard-titel>, 17.06.2023.

Zu § 3b Beitrag technischer Senken, Verordnungsermächtigung

Der neue § 3b sieht Ziele für technische Senken für die Jahre 2030, 2040 und 2045 vor. Zu den technischen Senken gehören neue Technologien wie Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und Speicherung (BECCS) oder direkte CO₂-Abscheidung aus der Luft und anschließender Speicherung (DACCS).

Diese Technologien sind noch nicht in der breiten Anwendung, haben jedoch das Potential einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Eine frühe Weichenstellung ist daher grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn offen bleibt, ob sich diese Technologien langfristig am Markt etablieren werden.

Zu § 4 Abs. 1 Jahresemissionsgesamtmengen als sektorenübergreifende Gesamtrechnung

Grundsätzlich wird die sektorübergreifende Gesamtrechnung zu Jahresgesamtemissionen begrüßt, da die Klimaneutralität bis 2050 als gesamtgesellschaftliche Anstrengung aller Sektoren berücksichtigt werden muss. Jedoch birgt dies einerseits die Gefahr, dass der Druck zur CO₂-Minderung auf den Wald als natürliche Senke steigt und es zu weiteren Nutzungseinschränkungen kommt, um den Waldspeicher kurzfristig zu erhöhen, andererseits hat diese Umstellung das Potential, Verschiebungs- und Substitutionseffekte besser zu berücksichtigen.

Allgemein gilt, dass die Zielerreichung durch eine Erhöhung des Waldspeichers durch Nutzungsverbote der falsche Weg ist. Denn dadurch wird der Waldumbau, die aktive Bewirtschaftung und die Verwendung von Holz in vielfältigen Produkten und Verwendungen gefährdet. Damit verbunden wäre die Gefahr von Leakage-Effekten durch einen erhöhten Import von Rohstoffen und Holzprodukten, die vom Thünen-Institut bis zu fast 50 Prozent der Rohholzproduktion geschätzt wird. Gleichzeitig binden Bäume mit zunehmendem Alter weniger CO₂ ein. Zudem sind überhöhte Holzvorräte durch alte Bäume deutlich störungsanfälliger und gefährden damit die Stabilität der Wälder und bremsen den aktiven Waldumbau hin zu klimaangepassten Wäldern aus.

Die Senkenwirkung des LULUCF-Sektors erhalten und langfristig sichern zu wollen, bedeutet, aktive Waldbewirtschaftung und Holzverwendung voranzutreiben, wie es als Ziel des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung festgelegt wurde. Denn nur durch das Zusammenspiel von Waldbewirtschaftung und Holzverwendung kann durch die Erhöhung des Holzproduktespeichers und die Emissionsminderungen in anderen Sektoren durch Substitution der größte Effekt für den Klimaschutz erreicht werden.

Wie die sektorübergreifende Gesamtrechnung im Detail methodisch abgebildet wird, ist unklar. Für den DeSH ist es jedoch wichtig, dass die fehlende oder zu geringe Reduktion von Treibhausgasen in anderen Sektoren nicht automatisch durch Gutschriften aus dem LULUCF-Sektor ausgeglichen wird, die zu Einschränkungen der Waldbewirtschaftung führen könnten.

Kontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V.

Julia Möbus, Georg Böse

Chausseestraße 99

10115 Berlin

Tel.: 030- 22 32 04 90

info@saegeindustrie.de

Transparenzregister Nummer: R000346

Über den Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V.

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e.V. (DeSH) vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 500 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der Deutsche Säge- und Holzindustrie für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.